

Privatisierung: Konzerne wollen maximalen Profit – Wir wollen maximale Sicherheit für den Bürger

So könnte unser Motto lauten, wenn wir eines hätten formulieren wollen.

Die Bürgerinitiative für den Erhalt öffentlichen Eigentums (BöE) hat sich Ende September diesen Jahres in Braunschweig gegründet. Viele Bürgerinnen und Bürger wollten nicht tatenlos zusehen, wie ein weiteres Stück kommunalen Eigentums, die Braunschweiger Stadtentwässerung, fast unbemerkt von der Öffentlichkeit an ein privates Unternehmen veräußert werden sollte.

Der Braunschweiger Privatisierungswahn hat in den vergangenen Jahren bundesweit für Schlagzeilen gesorgt; allerdings nur in den einschlägigen Organen nationaler Wirtschaftsverbände und wirtschaftsliberaler Zeitschriften. Bejubelt wurden die straffe Durchführung und die Erlöse, die durch den Verkauf des öffentlichen Eigentums erzielt werden konnten, obwohl Beispiele aus anderen Städten bereits gezeigt hatten, dass vertraglich abgesicherte vollmundige Versprechen dennoch nicht eingehalten wurden. Andere Konsequenzen, wie der Verlust demokratischer Aufsichts- und Kontrollrechte bei der Wahrnehmung öffentlich-rechtlicher Aufgaben und Qualitätsverluste der Dienstleistungen durch die Verschiebung der Zielpriorität von einer optimalen Erfüllung der Aufgabe auf die Maximierung von Gewinnen, sollten den Jubel nicht stören und wurden geflissentlich verschwiegen.

Wir haben uns gefragt:

Gelten die Bürgerinnen und Bürger noch als Menschen mit vielfältigen Bedürfnissen und Interessen oder werden wir von Stadtverwaltung und Ratsmehrheit plus Oberbürgermeister zum Melken freigegeben? Wie wird mit den Beschäftigten der kommunalen Betriebe umgegangen? Schwächt die Privatisierung unsere Demokratie, die uns vor 60 Jahren geschenkt wurde und die es zu pflegen gilt? Zahlen sich Privatisierungen langfristig für den Bürger/die Bürgerin aus oder wiegen die kurzfristigen Interessen von Unternehmen und Politikern schwerer?

Die Antwort lieferte hier der Oberbürgermeister selbst: Nicht die optimale Erfüllung der öffentlich-rechtlichen Aufgabe, sondern die wirtschaftlichste Variante unter Berücksichtigung der öffentlich-rechtlichen Aufgabe sollte als zukünftige Form der Braunschweiger Stadtentwässerung gewählt werden – womit die letzte unserer Fragen beantwortet ist.

Wir sind nicht damit einverstanden, die öffentliche Daseinsvorsorge privaten Unternehmen zu überlassen, die am Profit und nicht am Gemeinwohl orientiert sind. Die Gewinne werden über Gebühren aus den Bürgerinnen und Bürgern und über Stellenabbau und geringerer Qualifizierung aus den Beschäftigten der Betriebe gepresst.

Wir sind nicht damit einverstanden, einen Bereich der lebensnahen Daseinsvorsorge einem Unternehmen zu überlassen, das sich im Störfall Aufsichts- und Kontrollrechten zu entziehen versuchen wird, um nicht regresspflichtig zu werden. Im Münsterland weigert sich z. Zt. der Stromversorger RWE präventiv, für den tage- und nächtelangen Ausfall der Stromversorgung für hunderttausende Menschen zu haften. Wir erinnern uns auch an die desaströse Einführung der LKW-Maut über das private Konsortium Toll Collect sowie deren standhafter Weigerung für die verursachten Einnahmeausfälle aufzukommen.

Wir sind nicht damit einverstanden, dass Bürgerinnen und Bürger auf die Mitarbeit demokratisch nicht kontrollierter Unternehmen angewiesen sind, wenn sie Auskünfte über die Wahrnehmung öffentlich-rechtlicher Aufgaben erhalten wollen.

Wir sind nicht damit einverstanden, dass wir in jedem Bereich unseres Lebens ökonomisiert und als Kostenfaktor behandelt werden.

Wir sind Bürgerinnen und Bürger, die sich den sogenannten Sachzwängen marktwirtschaftlichen Handelns nicht ergeben. Wir wollen Alternativen aufzeigen, für Transparenz sorgen und an der Meinungsbildung in unserer Gesellschaft mitwirken. Wir glauben, dass wir Bürgerinnen und Bürger das Recht auf eine umfassende Information zu Themen des täglichen Lebens haben, das von der veröffentlichten Meinung der Massenmedien nicht bedient wird. Deshalb bleiben wir als Bürgerinitiative weiterhin aktiv und kämpfen gegen den Abbau unseres demokratischen Gemeinwesens.

Bürgerinitiative für den Erhalt öffentlichen Eigentums